

Griechenland und die Euro-Krise *

In den vergangenen Wochen hat sich die Euro-Krise extrem zugespitzt. Ihren Mittelpunkt bildet Griechenland, das sich seit Beginn der Weltwirtschaftskrise 2008 in einer schweren Rezession befindet. Von ihrem Ausgang ist nicht nur das Land, sondern ganz Europa und sogar die gesamte Weltökonomie betroffen. Es ist daher dringend erforderlich, dass wir uns mit den Hintergründen der Krise, den seit Mai 2010 diktierten Sanierungsprogrammen der „Troika“ – EU-Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds – und den möglichen Gegenperspektiven auseinandersetzen.

Bemerkungen zur Vorgeschichte

Im Jahr 1981 trat Griechenland in die Europäische Gemeinschaft ein. Das Land befand sich in einer ausgesprochenen Aufbruchstimmung. Die aus der Panhellenischen Widerstandsbewegung gegen die Militärdiktatur von 1967 bis 1974 hervorgegangene Sozialistische Partei (PASOK) hatte erstmalig die Parlamentswahlen gewonnen und schwamm mit ihrer wohlfahrtsstaatlichen Programmatik auf einer Popularitätswelle. Nach der Ablösung der konservativen Karamanlis-Regierung begann eine Ära des sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritts. Dieser Entwicklung konnten die geldpolitischen Restriktionen, die das seit 1979 in der Europäischen Gemeinschaft eingeführte Europäische Währungssystem (EWS)¹ mit sich brachte, zu-

* Erstmals erschienen in: *Sozial.Geschichte Online*, 6 (2011), S. 156–176. Herzlichen Dank an Karl Heinz Roth für die Genehmigung des Wiederabdrucks.

¹ Das EWS bestand aus einem Währungskorb der wichtigsten Währungen der Europäischen Gemeinschaft (ECU) und beschränkte die Wechselkursschwankungen der Währungen der Mitgliedsländer auf eine bestimmte Bandbreite.

nächst nichts anhaben, denn Griechenland schloss sich ihm erst 1993 an. Die Drachme blieb – genauso wie die Währungen der übrigen südeuropäischen Beitrittsländer Portugal und Spanien – außerhalb des Währungsverbunds. Die griechische Regierung konnte die sich aus dem binneneuropäischen Entwicklungsgefälle ergebenden Wettbewerbsverzerrungen durch periodische Abwertungsoperationen ausgleichen und die wirtschaftspolitischen Anpassungszwänge an die Kernländer der Europäischen Gemeinschaft in Grenzen halten. In den Jahren 1979 bis 1992 wurde die Drachme um insgesamt 86 Prozent abgewertet. Die griechischen Exporte in die europäische Kernzone wurden dadurch fast um die Hälfte verbilligt, während sich umgekehrt die westdeutschen und französischen Exporte nach Griechenland um fast das Doppelte verteuerten.

Diese für Griechenland und die übrige europäische Peripherie günstigen währungs- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen neigten sich 1992 dem Ende zu. In diesem Jahr setzten die Regierungen der europäischen Kernzone unter dem Druck der krisenhaften Entwicklung ihrer Nationalökonomien neue Rahmenbedingungen durch, die als Maastricht-Vertrag in die Wirtschaftsgeschichte eingingen und die vertraglichen Voraussetzungen für den Übergang der Europäischen Gemeinschaft in die Europäische Union schaffen sollten. Den Kern des Vertrags bildeten sogenannte Konvergenz-Kriterien, die Referenzdaten für die Parameter Inflation, Staatshaushalt, Wechselkurse und Zinssätze festlegten und mit ihren Vorgaben zur Budgetdisziplin und zur Begrenzung der jährlichen Neuverschuldung auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts die Weichen für die Einführung der Einheitswährung Euro stellten.

Nun wurde es für die Wirtschaftspolitiker und Planungsexperten der im Jahr 1993 erneut in die Regierung gewählten PASOK eng. Die Umsetzung der Maastricht-Kriterien verlangte auch von Griechenland eine Kehrtwende von der sozialstaatlich abgesicherten Vollbeschäftigungspolitik zur Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und zur Deregulierung des öffentlichen Sektors. Offiziell machte denn auch die griechi-

sche Regierung gute Miene zum bösen Spiel und bemühte sich um die Verbesserung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors. Eine wirksame Deregulierung und Senkung der Masseneinkommen kam jedoch unter dem Druck der starken Gewerkschaftsbewegung nicht in Frage. Erst als im Jahr 1996 der Neoliberale Kostas Sinitis an Stelle des verstorbenen Andreas Papandreou die Regierungsgeschäfte übernahm und den bis dahin dominierenden linken Flügel der PASOK ausbremste, wurde der sozialstaatliche Konsens tatsächlich in Frage gestellt. Da sich nun aber eine stabile parlamentarische Linksopposition herausbildete, die sich in wichtigen Entscheidungssituationen mit dem traditionell starken kommunistischen Block abstimmte, kam es auch jetzt noch nicht zum Dammbbruch. Im Ergebnis massiver Streikbewegungen und sozialer Kämpfe konnte der Sozial- und Lohnabbau in Grenzen gehalten werden. Da sich die binneneuropäische Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands jedoch fortlaufend verschlechterte, drehte die bis dahin positive Leistungsbilanz ins Minus, und die Budgetdefizite stiegen steil an. Ihr jährlicher Zuwachs belief sich schon vor Ende der 1990er Jahre auf über fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), und die Gesamtverschuldung überschritt bald den Umfang der jährlichen Wirtschaftsleistung. Dies widersprach den Maastricht-Kriterien eklatant. Deshalb wurde das sich herausbildende Überschuldungsszenario durch statistische Manipulationen verschleiert. Bis gegen Ende der 1990er Jahre hatte sich Griechenland deutlich von dem seit Beginn der 1980er Jahre in England, Frankreich, Italien und zunehmend auch in Deutschland sowie den Benelux-Ländern in Gang gekommenen neoliberalen Strukturwandel abgekoppelt.

Trotzdem wurde Griechenland im Jahr 2001 in die inzwischen innerhalb der Europäischen Union geschaffene Gruppe der Euro-Länder (Euro-Zone) aufgenommen. Zwar verschleierten die nach Brüssel gelieferten statistischen Grunddaten das Ausmaß der nationalökonomischen Schieflage. Es war jedoch allen Akteuren bewusst, dass Griechenland die im Maastricht-Vertrag festgelegten Kriterien nicht erfüllte. Vor

allem die haushaltspolitischen Parameter² sprachen entschieden dagegen. Warum dessen ungeachtet die Weichen zum Beitritt gestellt wurden, werden wir erst mit Sicherheit wissen, wenn die einschlägigen Akten zugänglich geworden sind. Wir können jedoch schon jetzt davon ausgehen, dass dabei vor allem geostrategische und tagespolitische Gründe ausschlaggebend waren. Zwei Jahre nach der Zerschlagung Jugoslawiens bildete Griechenland einerseits ein entscheidendes Glacis für die beginnende EU-Integration des Balkans, und andererseits sicherte es die südöstliche Flanke der ins Auge gefassten sogenannten Osterweiterung der Europäischen Union ab. Aber auch die Tagespolitik spielte eine wichtige Rolle. Der griechische Oberste Gerichtshof hatte gerade einer Entschädigungsklage von Opfern der deutschen Okkupation während des zweiten Weltkriegs stattgegeben und die Konfiskation deutscher Vermögenswerte in Griechenland für rechtens erklärt.³ Nur die griechische Regierung konnte das Verfahren noch aussetzen. Sie tat dies, nachdem ihr die deutsche Bundesregierung die Unterstützung ihres Antrags zur Aufnahme in die Euro-Zone zugesagt hatte.

Aus der damaligen Perspektive der griechischen Machteliten war die Aufnahme in die Euro-Zone attraktiv. Sie konnten nun mit einem Schlag ihre extrem abgewertete Landeswährung loswerden und erlangten den Zugriff auf den „harten“ Euro, der ihnen überaus billige Refinanzierungsmöglichkeiten eröffnete. Es kam zu einem rasanten Wirtschaftswachstum mit jährlichen Wachstumsraten zwischen 3,7 und 5,2 Prozent, das bis zum Jahr 2007 anhielt. Die maritime Logistik, der Tourismus, die Bauwirtschaft und die Banken boomten. Hinzu kamen massive Importe französischer, deutscher und schweizerischer Kapitals zum Ausbau der Infrastruktur, die aufgrund der gestiegenen geostrategischen Bedeutung Griechenlands als sichere langfristige Anlage

² Im Maastricht-Vertrag ist die Obergrenze der öffentlichen Gesamtverschuldung mit 60 Prozent des BIP festgelegt, und die Obergrenze der jährlichen Neuverschuldung soll drei Prozent des BIP nicht überschreiten.

³ Vgl. zu den Hintergründen der griechischen Reparations- und Entschädigungsansprüche aus dem Zweiten Weltkrieg Karl Heinz Roth, Die offene Reparationsfrage. Die Profiteure des Raubzugs müssen zahlen!, in: lunapark 21, 15 (2011), S. 51–55.

galten. Jedem und jeder, der / die Griechenland noch aus dem vergangenen Jahrhundert kennt, fallen die gewaltigen Infrastrukturinvestitionen des vergangenen Jahrzehnts ins Auge: die Nord-Süd-Autobahn von Thessaloniki nach Athen, die militärisch besonders wichtige West-Ost-Autobahn vom Ionischen Meer bis zur türkischen Grenze in West-Thrakien, die Hängebrücke bei Patras, die die Peloponnes mit dem westlichen Griechenland verbindet, der internationale Flughafen Athen, die Attika-Ringbahn, die Metro von Athen, der Containerhafen von Piräus und die neuen athenischen Vorortbahnen. Hinzu kamen die gewaltigen Bauvorhaben zur Olympiade 2004, die den Immobilienboom auf die Spitze trieben.

Parallel dazu leistete sich die griechische Wirtschaftsnation eine gewaltige Aufrüstung. Zwischen 1992 und 2008 wurden Kriegswaffen im Wert von 75 Milliarden Euro importiert, und zwar insbesondere Fregatten aus Frankreich und Panzer sowie U-Boote aus Deutschland. Die Militärausgaben stiegen auf jährlich 4,3 Prozent des BIP und lagen damit – relativ zur jeweiligen Wirtschaftsleistung – mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland. Die Legitimationsbasis für diese Hochrüstung bildete der „Erbfeind“ Türkei – wie Griechenland ein Mitgliedsland der NATO –, der 1974 einen Teil Zyperns erobert und annektiert hatte und die griechischen militärischen Anstrengungen in dieser Periode sogar noch übertrumpfte. Als lachende Dritte und Profiteure dieses Regionalkonflikts müssen die führenden französischen und deutschen Rüstungskonzerne gelten. Zu Beginn der aktuellen Weltwirtschaftskrise belegten die beiden Kontrahenten der östlichen Mittelmeerregion die Spitzenplätze der deutschen Rüstungsexporte: Mit 15,2 Prozent lag die Türkei auf Platz eins, gefolgt von Griechenland mit 12,9 Prozent.⁴

Die Profiteure des kurzlebigen Euro-Booms sind leicht auszumachen. Es handelte sich im Wesentlichen um drei eng miteinander verflochtene Gruppen der herrschenden Eliten, die den Kuchen unter sich aufteilten. An erster Stelle standen die führenden Familienclans des grie-

⁴ Vgl. Winfried Wolf, *Dritter Staatsbankrott? Griechische Schulden, deutsche Panzer, Euro-Diktat und eine Fakelaki-Ökonomie made by Siemens*, MS o. J. (2010), S. 7.

chischen Reederei- und Bankkapitals. In der Ära Simitis wurden die von ihnen zu entrichtenden Unternehmenssteuern auf 25 Prozent gesenkt, und das hatte zur Folge, dass sie sich im Boom extrem bereicherten. Je reicher sie wurden, desto stärker verloren sie die Neigung, überhaupt Steuern zu zahlen, und dies führte auch bei den konservativen oberen Mittelschichten – Ärzte, Immobilienhändler und Anwaltskanzleien – zu einem bemerkenswerten Verfall der Steuermoral. Vor Beginn der Weltwirtschaftskrise verfügten die oberen 30.000 Familien des Landes über ein Kapitalvermögen von über 250 Milliarden Euro, von denen allein 100 Milliarden als Bankguthaben angelegt und mindestens weitere 100 Milliarden ins Ausland transferiert waren.

Die zweite Gruppe war in den Spitzenkonzernen der europäischen Investitionsgüter-, Bau- und Rüstungsindustrie sowie im europäischen Finanzsektor verortet. Diese Segmente des europäischen Kapitals sind traditionell eng mit den großen Familien-Holdings des griechischen Reederei- und Bankkapitals verflochten, so etwa der in der Schweiz domizilierende Latsis-Clan mit der Deutschen Bank AG und den beiden führenden schweizerischen Großbanken, ThyssenKrupp mit der griechischen Werftindustrie, die führenden französischen und deutschen Baukonzerne mit dem griechischen Immobiliensektor. Die französischen beziehungsweise französisch-belgischen Großbanken Société Générale, Crédit Agricole und Dexia kontrollieren mit ihren Beteiligungs- und Tochtergesellschaften erhebliche Teile des griechischen Finanzsektors. Im Kontext dieser Verflechtungen wurden die großen Infrastrukturinvestitionen des vergangenen Jahrzehnts geplant und abgewickelt, für deren Refinanzierung und Absicherung der Staatshaushalt geradezustehen hatte. Erst im Gefolge des Infrastrukturbooms erreichte die Begebung der zwei-, fünf- und zehnjährigen Staatsanleihen einen Umfang, der über die analogen Verschuldungspraktiken der übrigen Peripherieländer der Euro-Zone hinausging.

Der dritte Gewinner des Euro-Booms war die politische Klasse Griechenlands, die seit dem Ende der Militärdiktatur durch die beiden Volksparteien PASOK und Nea Dimokratia (ND) repräsentiert wird.

Seit dem durch Kostas Simitis im Jahr 1996 erzwungenen wirtschafts-politischen Paradigmenwechsel und der Ausschaltung ihres linken Flügels waren auch innerhalb der PASOK die Vorbehalte gegenüber den großen Unternehmerdynastien, der orthodoxen Staatskirche und dem militärisch-industriellen Komplex beiseite geräumt. Es kam auch bei ihr zu einer uneingeschränkten Symbiose mit den herrschenden Eliten, und zwar vor allem bei der Vergabe der Infrastrukturinvestitionen, der Rüstungsaufträge und den in deren Gefolge erforderlich werdenden Refinanzierungsgarantien. Allein Siemens mobilisierte in der Boom-Phase jährlich Schmiergelder im Volumen von 15 Millionen Euro, um die griechische Telefongesellschaft OTE unter seine Kontrolle zu bringen, die Rüstungsgeschäfte des Verteidigungsministeriums zu steuern und sich die wichtigsten Investitionsprojekte der Olympiade zu sichern.⁵ Das war aber nur die Spitze des Eisbergs. Die einmaligen Zahlungen der europäischen Investoren auf die Konten der führenden Politiker der beiden Volksparteien wurden durch langfristige Bankendarlehen fundiert, mit denen die PASOK und die Nea Dimokratia ihren Funktionsapparat alimentierten und ihre Wahlkämpfe finanzierten. Der systematische Kauf der Politiker und ihrer Macht- und Propagandaapparate wurde zu einem integralen Bestandteil der Boom-Phase. Als die PASOK im Jahr 2004 die Wahlen verlor und der ND-Politiker Kostas Karamanlis die Regierungsgeschäfte übernahm, handelte es sich deshalb um einen reinen Schilderwechsel, bei dem sich lediglich das Spektrum der begünstigten Klientele veränderte.

Dieses ausufernde *enriches-vous* der herrschenden Klassen hatte jedoch schon vor Krisenbeginn eine gravierende Kehrseite. Die Leistungsbilanz drehte zu Beginn des neuen Millenniums dauerhaft ins Minus. Die Haushaltsdefizite liefen aufgrund der steigenden Refinanzierungskosten der Infrastrukturinvestitionen endgültig aus dem Ruder. Eine schleichende De-Industrialisierung setzte ein, weil die relativ hohen Lohnstückkosten und die sich weiter verschlechternde Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr durch die Abwertung der Nationalwährung aus-

⁵ Vgl. ebd., S. 8.

geglichen werden konnten. Entsprechend reduzierten sich die Exporte in den europäischen Binnenmarkt. Ein Ausgleich durch eine Umsteuerung des Außenhandels in die außerhalb der EU gelegenen Schwellen- und Entwicklungsländer wurde ebenfalls immer schwieriger, weil diese inzwischen ihrerseits als exportorientierte Billiglohnländer aktiv waren und die griechischen Produkte und Dienstleistungen nieder konkurrierten. So beseitigte der Wegfall der nationalen Währungssouveränität nicht nur die kompensatorischen Hebel der „äußeren“ Abwertung, sondern konfrontierte die griechische Nationalökonomie darüber hinaus mit einer außenhandelspolitischen Scherensituation. Sie drohte zwischen dem Exportdruck der technologisch und arbeitsorganisatorisch hoch entwickelten europäischen Kernzone und der Außenhandelsoffensive der Niedriglohnländer der globalen Peripherie zerrieben zu werden. Die Erwerbslosigkeit stieg markant an. Besonders betroffen waren die jugendlichen Schul- und Hochschulabgänger, die noch nicht in festen Arbeitsverhältnissen beschäftigt waren. Sie mussten zunehmend auf sozial ungeschützte, zeitlich befristete und schlecht entlohnte Verhältnisse ausweichen. Diese für Griechenland neuartige Situation wurde in sozialwissenschaftlichen Untersuchungen als Menetekel gedeutet, das die Entstehung einer „700 Euro-Generation“ ankündige. Von den allmählich in Schwung kommenden neuen Sozialbewegungen der jugendlichen Prekären und der zunehmend illegal ins Land strömenden Immigrantinnen und Immigranten wurde dieser Terminus rasch angeeignet und in einen identitätsstiftenden Slogan umgewandelt.

Im Sog der Krise: Die Entwicklung seit 2008/2009

Im Verlauf des Jahrs 2008 erreichten die Schockwellen der Weltwirtschaftskrise auch Griechenland. Die maritime Logistik brach ein, und die in dieser Branche aktiven Reedereien, Handelskonzerne und Hafenbetriebe verloren über ein Viertel ihrer Umsätze. Hinzu kam ein drastischer Rückgang im Tourismussektor: In den Jahren 2008 und 2009 verringerte sich die Zahl der Urlaubs- und Kulturreisenden um etwa

20 Prozent. Diese Effekte schlugen unmittelbar auf die griechischen Banken durch. Auch der griechische Finanzsektor musste im Frühjahr 2009 durch Staatsgarantien gestützt werden.

Die Kontraktion der Schlüsselsektoren der griechischen Nationalökonomie hatte weitreichende strukturelle Folgen. Da die Exporte auf den Primär- und Sekundärmärkten gleichermaßen zurückgingen, beschleunigte sich der De-Industrialisierungsprozess. Die Arbeitslosenquote überschritt die Zehn-Prozent-Marge, und nur noch zwei Drittel der nachrückenden Berufsanfänger konnten – trotz deutlich verschlechterter Einstiegsbedingungen – mit einem Job rechnen. Das hatte Folgen für den Massenkonsum. Die griechische Nationalökonomie verlor nun auch ihre binnenwirtschaftliche Stütze und geriet in eine lang anhaltende Rezession, die bis heute andauert und sich laufend verschärft. Lag der Rückgang der jährlichen Wirtschaftsleistung bis 2010 noch knapp unter fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts, so dürfte diese Marge in diesem und im kommenden Jahr deutlich überschritten werden.

Durch die Stützungsoperationen zugunsten des Finanzsektors, die sinkenden Steuereinnahmen und die rasch ansteigenden Sozialtransfers wurden die Budgetdefizite der öffentlichen Haushalte weiter vergrößert. Das volle Ausmaß der Schiefelage wurde erstmals gegen Ende des Jahres 2009 sichtbar, denn die inzwischen wieder in die Regierung gewählte PASOK war unter dem wachsenden europäischen Druck nicht mehr in der Lage, mit geschönten Statistiken aufzuwarten. Aus den nach und nach veröffentlichten bereinigten Daten ging nun hervor, dass das jährliche Haushaltsdefizit im Jahr 2008 einen Umfang von 9,8 Prozent des BIP erreicht hatte und bis Ende 2009 auf 15,4 Prozent gestiegen war.⁶ Im Folgejahr verringerte sich die Neuverschuldung zwar wieder auf 10,5 Prozent, aber die Gesamtverschuldung stieg nun ungebremst von knapp 111 Prozent des BIP im Jahr 2008 auf 127 beziehungsweise 148 Prozent in den beiden Folgejahren. Im Jahr 2010 stand

⁶ Diese und die folgenden Zahlen sind der laufenden Berichterstattung der EU-Kommission, des Europäischen Statistischen Amtes (Eurostat), der Europäischen Zentralbank und der Webseite des griechischen Finanzministeriums entnommen.

Griechenland schließlich mit einem Betrag von etwa 240 Milliarden Euro in der Kreide, und daraus ergab sich eine Zins- und Tilgungsbelastung, die für die Zeit bis 2015 ein geschätztes Gesamtvolumen von etwa 150 Milliarden Euro erreichen wird. Da sich die Wirtschaftslage ständig verdüsterte und eine kurzfristige Rückkehr zu einem ausreichenden Wachstum ausschloss, war schon zu Beginn des Jahrs 2010 klar, dass die griechische Nationalökonomie nur durch einen radikalen Schuldschnitt stabilisiert werden konnte, bei dem die Gläubiger auf mindestens zwei Drittel ihrer Forderungen würden verzichten müssen.

Die Reaktion der globalen und europäischen Gläubiger fiel denn auch entsprechend drastisch aus. Vor allem die Vorstände der europäischen Großbanken versuchten, ihre griechischen Anleihepakete so rasch wie möglich los zu werden, während die Versicherungsunternehmen die Risikoprämien fortschreitend erhöhten. Dieser Prozess durchlief seit dem Frühjahr 2010 mehrere Phasen und erinnerte schließlich immer mehr an den bekannten Wettlauf zwischen Hase und Igel. Immer wieder erreichten die zweijährigen griechischen Staatsanleihen auf den freien Obligationenmärkten Zinssätze bis zu 40 Prozent, und für die zehnjährigen Obligationen wurden unter dem Druck der steigenden Risikoprämien in immer kürzeren Abständen Zinssätze bis zu 16 Prozent verlangt. Unter derartigen Konditionen konnte die griechische Staatsschuld nicht mehr auf den freien Obligationenmärkten refinanziert werden. Wenn sie sich nicht geschlagen geben und den Staatsbankrott proklamieren wollten, mussten die politischen Klassen Griechenlands und der Euro-Zone jetzt Ersatz suchen. Da die Papandreou-Regierung über keine Währungssouveränität mehr verfügte, war ihr der Weg in eine Hyperinflation zur geräuschlosen monetären Schuldenentlastung oder in einen Mix aus Inflation und Schuldenmoratorium mit einem sich daran anschließenden internationalen Schlichtungsverfahren zur Überwälzung der Hauptlast auf die Gläubiger verbaut. Ihr blieb nur der Gang nach Canossa übrig – zur EU-Kommission, zur Europäischen Zentralbank (EZB) und zu den Entscheidungszentren der Euro-Gruppe. Da die Zentralen des Euro-Blocks zusätzlich auch den Internatio-

nenen Währungsfonds (IMF) mit ins Boot holten, kam es im Mai 2010 zur Installierung einer global abgestimmten De facto-Zwangsverwaltung, für die sich alsbald der Begriff „Troika“ einbürgerte.

Griechenland unter Zwangsverwaltung: Vom Austeritätsprogramm zur „Strukturanpassung“ und zum Staatsbankrott auf Raten

Im Frühjahr 2010 fanden in Athen, Brüssel, Berlin und Paris hektische Verhandlungen zwischen der Papandreou-Regierung und den Expertengruppen der Troika statt. Ihre Ergebnisse wurden Anfang Mai in einem ersten Abkommen festgeschrieben, dessen Deal darin bestand, dass die EU-Gremien und der IMF Gelder zur weiteren Bedienung der griechischen Staatsschulden außerhalb der freien Kapitalmärkte bereit stellten, während sich die PASOK-Regierung im Gegenzug bereit erklärte, die Budgetdefizite mit Hilfe einer umfassenden „inneren Abwertung“ abzubauen. Zur Absicherung dieses radikalen Deflationskurses wurden 110 Milliarden Euro bereitgestellt, zu denen die EU-Gremien 80 Milliarden und der IMF 30 Milliarden Euro beisteuerten. Interessanterweise lagen die dabei vereinbarten Zinssätze nur knapp unter dem Durchschnitt der Zinssätze der Kapitalmärkte; das waren die Daumenschrauben der nun in Gang kommenden Zwangsverwaltung. Die in den kommenden Jahren aufzubringenden Mittel konnten nur dann mobilisiert werden, wenn es zu raschen und markanten Lohn-, Einkommens- und Preissenkungen kam, und wenn gleichzeitig auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte die Sozialtransfers deutlich gekürzt und die Einnahmen durch drastische Steuererhöhungen gesteigert wurden.

Dieses Austeritätsprogramm sollte der griechischen Nationalökonomie innerhalb von drei Jahren 30 Milliarden entziehen, als Einsparungen und Zusatzeinnahmen ins Staatsbudget transferieren und zur Bedienung der laufenden Tilgungs- und Zinsverpflichtungen eingesetzt werden. Die griechische Gesetzgebungsmaschinerie machte sich entsprechend an die Arbeit und peitschte das Vertragswerk unter Missach-

tung elementarer verfassungsrechtlicher Prinzipien durch das Parlament. Die Verbrauchssteuern wurden auf 23 Prozent angehoben. Die im öffentlichen Dienst Beschäftigten mussten Lohnkürzungen bis zu 30 Prozent hinnehmen; hinzu kam die Erhöhung der Lohn- und Einkommensteuern. Da die Akteure in dieser ersten Phase ihrer Austeritätspolitik noch von einer raschen Besserung der globalen ökonomischen Rahmenbedingungen und einer dadurch stimulierten Erholung der griechischen Nationalökonomie ausgingen, glaubten sie allen Ernstes, das griechische Staatsbudget innerhalb von zwei Jahren auf das in den Maastricht-Verträgen festgelegte Neuverschuldungslimit von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückfahren zu können. Auch der Gipfel der Gesamtverschuldung – inzwischen über 250 Milliarden Euro – sollte schon ab 2013 nach einer bis dahin auf 160 Prozent des BIP geschätzten Steigerungsrate unterschritten werden und in den Folgejahren deutlich absinken.

Innerhalb der Entscheidungszentren der Euro-Zone und der Europäischen Union war dieses Abkommen umstritten, denn es schien den als unausweichlich geltenden griechischen Staatsbankrott unter der Inkaufnahme erheblicher Transfer-Risiken nur hinauszuzögern. Für seine Ratifizierung setzte sich vor allem die französisch-deutsche Rüstungsindustrie ein, die als Gegenleistung für die Gewährung des Darlehenspakets zuvor stornierte Projektaufträge für Kriegsschiffe, U-Boote und Panzer im Umfang von knapp drei Milliarden Euro garantiert erhielt. Für die Großbanken stand hingegen noch mehr auf dem Spiel: In ihren Vorstandsetagen wurde die Hinauszögerung des Staatsbankrotts um mindestens ein bis zwei Jahre als existenzwichtig eingeschätzt. Die griechischen Finanzinstitute hielten zum Zeitpunkt des Abkommens griechische Staatsanleihen im Umfang von über 40 Milliarden Euro und wären schon bei einem dem Marktwert der griechischen Anleihen entsprechenden Schuldenschnitt von 60 Prozent sofort bankrott gegangen. Auch bei den in Griechenland involvierten französischen, schweizerischen und deutschen Finanzkonzernen war die Lage kritisch. Die griechischen Auslandsschulden summierten sich im Frühjahr 2010 auf

etwa 210 Milliarden Euro (umgerechnet etwa 300 Milliarden US-Dollar). Sie verteilten sich zu fast zwei Dritteln auf französische, schweizerische und deutsche Kreditinstitute, deren jeweilige Anteile auf 25 Prozent (Frankreich), 21 Prozent (Schweiz) und 14,3 Prozent (Deutschland) geschätzt wurden. Die Abschreibungs- und Abstoßungsoperationen setzten erst nach dem Abschluss des Zwangsverwaltungsvertrags ein. Bei einem kurzfristig angesetzten haircut des griechischen Staatsdefizits wäre deshalb auch der Zusammenbruch des kerneuropäischen Finanzkapitals nur durch eine neuerliche gigantische Stützungsoperation seitens der europäischen Institutionen und der jeweiligen nationalen Regierungen zu verhindern gewesen.

Zumindest den europäischen und internationalen Akteuren dürfte schon im Mai 2010 die Aussichtslosigkeit der mit dem Troika-Vertrag verknüpften Sanierungsziele klar gewesen sein. Aus ihrer Interessensperspektive war nur die Verzögerung des griechischen Staatsbankrotts entscheidend. Darüber hinaus sollte am Fall Griechenland aber auch ein Beispiel exekutiert werden, um die übrigen Regierungen der überschuldeten europäischen Peripherieländer von der Notwendigkeit eines selbst verantworteten rigorosen Austeritätskurses zu überzeugen, wenn sie die Einsetzung einer Zwangsverwaltung à la Troika vermeiden wollten. Dagegen scheint die griechische Regierung zunächst an die Sanierungsziele geglaubt zu haben. Die martialisch-patriotische Rechtfertigung ihres harten Deflationskurses war zumindest teilweise ernst gemeint. Das Kabinett des PASOK-Ministerpräsidenten Giorgos Papandreou wollte nicht nur auf Zeit spielen, sondern auch die härteste Variante des Staatsbankrotts – Schuldenmoratorium, Austritt aus der Euro-Zone und schlagartige Pauperisierung der griechischen Gesellschaft durch eine „Währungsreform“ – vermeiden. Das war auch der Grund, weshalb die Kader der ehemals sozialistischen Regierungspartei den harten sozial- und wirtschaftspolitischen Austeritätskurs hinnahmen. Entgegen den anders lautenden Prognosen vieler früherer Aktivisten ihres linken Flügels ist die PASOK bis heute nicht daran zerbrochen.

Dass die im Troika-Vertrag festgelegten Zielvorgaben tatsächlich illusorisch waren, zeigte sich in den folgenden Monaten. Genauso wie Japan und die USA bekam auch die Euro-Zone nur wenig von der weltwirtschaftlichen Erholung ab, so dass die äußeren Stabilisierungsimpulse ausblieben. Stattdessen geriet Griechenland im Gefolge der Umsetzung des Deflationskurses immer tiefer in die Rezession. Im ersten Halbjahr 2011 schrumpfte die Wirtschaftsleistung um weitere 7,5 Prozent. Die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit stieg auf 16 Prozent und überschritt bei den Jugendlichen bis zu 25 Jahren die 35 Prozent-Marge. Die Einzelhandelsumsätze schrumpften landesweit um ein Viertel, in den Großstädten sogar um 40 Prozent. Es entwickelten sich soziale Zustände, die immer mehr an die Große Depression der 1930er Jahre erinnerten. Das soziale Sicherungssystem wurde löcherig, die traditionellen familiären Hilfsnetze gewannen wieder an Bedeutung. Achtzig Prozent aller Jugendlichen kehrten in die Familienhaushalte ihrer Eltern zurück. Junge Hochschulabsolventen und Informatiker fanden in den väterlichen Kleinbetrieben – Einzelhandel, Fischereigewerbe, Tavernen, Taxiunternehmen und so weiter – Unterschlupf.

Im Mai 2011 kehrten die Leiter der Troika-Kommission nach Athen zurück, um zusammen mit ihren vor Ort verbliebenen Stäben den Stand der Umsetzung des Beistands- und Austeritätsprogramms zu überprüfen. Dabei hatten sie uneingeschränkten Zugang zu den Arbeitsplätzen und Datenbanken aller griechischen Ministerien und Behörden. Am 8. Juni 2011 fassten sie ihre Inspektionsergebnisse in einem Evaluierungsbericht zusammen.⁷ Darin gaben sie zu, dass die anhaltende und zudem erheblich vertiefte Rezession die bisherigen Vorgaben illusorisch gemacht hatte, machten aber auch die zögerliche Umsetzung des Austeritätsprogramms für die Verfehlung der vereinbarten Konsolidierungsziele verantwortlich. Gleichwohl erklärten sie sich bereit, die Konsolidierung des Haushaltsdefizits im Rahmen eines mittelfristigen

⁷ Hauptergebnisse der gemeinsamen Prüfung Griechenlands von Kommission, EZB und IMF (3. Mai – 2. Juni 2011), 8. Juni 2011. Im Folgenden zitiert und referiert nach einer Rohübersetzung des Bundesministeriums der Finanzen.

Finanzplans bis auf das Jahr 2014 auszudehnen, in dem nunmehr erstmalig die Maastricht-Kriterien erfüllt werden sollten. Darüber hinaus sollten auch die Rückzahlungsbedingungen gelockert werden. Die Zinssätze der Troika-Darlehen wurden auf 3,5 Prozent ermäßigt, und zusätzlich wurden die Laufzeiten unter Einbeziehung von bis zu zehn tilgungsfreien Jahren auf 15 bis 30 Jahre verlängert. Bei diesen Maßnahmen handelte es sich um einen verschleierte ersten Schuldenerlass im Umfang von 21 Prozent der Gesamtsumme, in den auch die europäischen Gläubigerbanken einbezogen werden sollten.

Für diese bescheidenen Zugeständnisse mussten die griechischen Verhandlungspartner einen hohen Preis zahlen. Sie wurden gezwungen, ein zweites Austeritätspaket zu schnüren, durch das nicht nur der Lohn- und Sozialabbau verschärft, sondern auch direkte Eingriffe in den öffentlichen Sektor vorgenommen wurden. Dazu gehörte erstens ein umfassender Einstellungsstopp: Nur noch jeder zehnte altersbedingt freigewordene Arbeitsplatz sollte neu besetzt werden. Zusätzlich sollten bis zu 50.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Auffanggesellschaften versetzt, auf ein Salär von 60 Prozent herabgestuft und nach einem Jahr in die Erwerbslosigkeit entlassen werden. Darüber hinaus machte die Troika-Kommission klar, dass sie diesen Eingriff nur als Eintrittspforte zur umfassenden Umstrukturierung der gesamten griechischen Arbeits- und Sozialpolitik betrachtete: „Projektmanager“ einer „Task Force“ der Europäischen Union sollten in den kommenden Monaten Standard-Tarifverträge für den öffentlichen Dienst erarbeiten, das Gesundheitswesen entstaatlichen, die Rentenversicherungen deregulieren und das Mindestlohnsystem herunterfahren. Auf diese Weise konturieren sich die Umriss eines umfassenden Projekts der arbeits- und sozialpolitischen Umstrukturierung, durch die die griechische Gesellschaft einer „Schocktherapie“ unterworfen und innerhalb kürzester Zeit an Verhältnisse angepasst werden sollte, für deren Durchsetzung die neoliberalen Deregulierungsstäbe Kerneuropas mehr als zwei Jahrzehnte benötigt hatten.

Nach den Vorstellungen der Troika-Kommission konnte Griechenland jedoch nur dann wirklich „neu aufgestellt“ werden, wenn auch sein umfangreiches öffentliches Eigentum im möglichst gleichen Tempo geschleift wurde. Denn nur so schien gewährleistet, dass auf die Massenentlassungen und die soziale Entrechtung der Arbeiterklasse eine neue Ära folgen würde, in der nun für alle Erwerbsabhängigen – und nicht nur die jugendlichen Berufsanfänger – ungeschützte, zeitlich befristete und wesentlich schlechter entlohnte Arbeitsverhältnisse zur Norm wurden und zu einer radikalen Senkung der Lohnstückkosten beitrugen. Deshalb zwangen die Manager der Troika der PASOK-Regierung die Gründung einer Nationalen Treuhandbehörde auf, die mit der umfassenden Privatisierung der öffentlichen Infrastruktureinrichtungen, des öffentlichen Immobilienbesitzes und der öffentlichen Kommunikationsunternehmen und Versorgungsbetriebe beauftragt wurde. Die im Evaluierungsbericht enthaltene Privatisierungsliste liest sich wie ein Horrorkatalog: Sie umfasst Filetstücke wie den Internationalen Flughafen Athen, den Hafen Piräus und die Telefongesellschaft OTE, aber auch Wasserversorgungsbetriebe, die griechische Postbank, das staatliche Rüstungsunternehmen Hellenic Defense und touristische Erschließungsgebiete auf Rhodos und anderen Inseln.⁸ Dagegen blieben die traditionell konservativen Eckpfeiler des griechischen Etatismus, die Staatskirche und die Armee, verschont. Der riesige Immobilienbesitz der orthodoxen Staatskirche blieb unangetastet. Auch die Armee musste nur eine minimale Reduktion ihrer Rüstungsausgaben hinnehmen: Sie soll erst im Jahr 2013 beginnen und lediglich 0,1 Prozent des BIP betragen; die Arzneimittelausgaben sollen dagegen um 0,4 Prozent gekürzt werden.⁹

Erst als der inzwischen vom Verteidigungsressort an die Spitze des Finanzministeriums gewechselte PASOK-Politiker Evangelos Venizelos den ihm von den Leitern der Troika-Kommission präsentierten Privatisierungsplan akzeptierte, erklärten sich diese bereit, der EU-Kommis-

⁸ Ebd., Anlage 2: Vorläufiger Privatisierungsplan, S. 14 f.

⁹ Vgl. ebd., Tab. 3, S. 4.

sion, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds die Freigabe der fünften Kredittranche zu empfehlen und ein zweites Darlehensprogramm vorzuschlagen. Dabei machten sie die folgende Rechnung auf. Im Rahmen eines bis zum Jahr 2014 laufenden mittelfristigen Finanzprogramms sollten bis dahin aus den Privatisierungen 50 Milliarden Euro Erlöst und im Ergebnis des zweiten Austeritätsplans durch Ausgabeneinsparungen und erhöhte Steuereinnahmen weitere 28 Milliarden Euro mobilisiert werden. Im Gegenzug wurde der Geberseite empfohlen, das laufende Darlehensprogramm um weitere 109 Milliarden Euro aufzustocken und die Gläubigerbanken mit einem Betrag von bis zu 50 Milliarden Euro am 21-prozentigen Schuldenschnitt zu beteiligen.

Die griechische Seite ratifizierte auch dieses zweite Abkommen in einem parlamentarischen Parforceritt. Von den durch die Troika repräsentierten Gläubigern wurde es dagegen erst einige Wochen später verabschiedet und nahm am 21. Juli seine letzte Hürde. Zusätzlich wurde aber auch schon der nächste Schuldenschnitt vorbereitet. Da dabei auch jetzt noch erhebliche Kollateralschäden befürchtet wurden, die insbesondere die europäischen Gläubigerbanken und die übrigen überschuldeten Peripherieländer der Euro-Zone gefährden konnten, wurde die Gründung einer unabhängig von der Europäischen Zentralbank operierenden Europäischen Finanzstabilitäts-Fazilität (EFSF) in Angriff genommen. Hinter diesem umständlichen Namen versteckt sich nichts anderes als ein auf die Europäische Union heruntergebrochener Internationaler Währungsfonds, der künftig schon im Vorfeld krisenhafter Entwicklungen aktiv werden soll. Er soll Stützungskredite vergeben, prekär gewordene Staatsanleihen aufkaufen, Offenmarktoperationen durchführen und notleidend gewordene Banken rekapitalisieren. Erst nach der Etablierung der mit insgesamt 780 Milliarden Euro ausgestatteten EFSF wurde eine „geordnete“ griechische Staatspleite mit einem sich auf mindestens 60 Prozent belaufenden Schuldenschnitt für möglich gehalten.

Dieser Übergang zum „Plan B“ blieb den mehr und mehr zu Erfüllungsgehilfen degradierten griechischen Regierungsbehörden natürlich nicht verborgen. Zusätzlich fühlten sie sich durch die Zusage eines zweiten Darlehensrahmens entlastet. Da die konsequente Umsetzung des aufgesattelten zweiten Austeritätsplans zudem einen offenen Angriff auf die Beschäftigten des öffentlichen Sektors, die wohl wichtigste Wählergruppe der PASOK, darstellte, versuchten Papandreou und Venizelos nun auf Zeit zu spielen. Als die Troika-Beauftragten im August nach Athen zurückkehrten, erklärten ihnen die griechischen Spitzenpolitiker – durchaus wahrheitsgemäß –, die Rezession habe sich weiter vertieft und könne bei einer raschen Umsetzung der Austeritätsprogramme vollends außer Kontrolle geraten. Sie forderten deshalb eine weitere Streckung der Zielvorgaben der Haushaltskonsolidierung und vorgezogene Zahlungen aus dem gerade verabschiedeten zweiten Darlehenspaket.

Diese Argumente wollten die Troika-Kommissare jedoch nicht gelten lassen. Sie warfen den Regierungsbehörden vor, dass sie die Umsetzung der Massenentlassungen verzögerten und die vereinbarten Privatisierungen verschleppten. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, aber die Delegationsleiter der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds blieben unnachgiebig. Sie forderten die rasche Standardisierung und Senkung der Löhne im öffentlichen Sektor, den Beginn der Massenentlassungen in die Auffanggesellschaft und die Übertragung der öffentlichen Unternehmen auf die Privatisierungsgesellschaft, der inzwischen der Chef der Investmentabteilung der Euro-Bank (Latsis-Gruppe) vorstand. Es kam zunächst zu keiner Einigung. Die Leiter der Troika-Kommission reisten daraufhin Anfang September wieder ab, während ihre Stäbe den nächsten Evaluierungsbericht vorbereiteten und die ersten Projektmanager der „Task Force“ der EU-Kommission ihre Tätigkeit aufnahmen.

Das Aufbegehren der griechischen Regierungsvertreter war jedoch nur von kurzer Dauer. Die deutsche Regierung ließ nun offen erkennen, dass sie bei einer weiteren Verzögerung des Restrukturierungs-

programms ein beschleunigtes Bankrott-Szenario vorzog. Diese Drohung löste in Athen Panik aus. Papandreu und Venizelos erkannten, dass sie am kürzeren Hebel saßen. In der zweiten Septemberhälfte begann die Umsetzung der ersten Beschäftigten des öffentlichen Diensts in die Auffanggesellschaft, und der „Nationale Wohlfahrtsfonds“ lancierte die ersten Privatisierungsauktionen. Um den durch die Rezession bedingten Rückgang der Steuereinnahmen zu kompensieren, wurde eine Serie von Sondersteuern eingeführt, die die krisengeschüttelten Privathaushalte weiter belasteten. Von besonderer Bedeutung waren dabei eine Sondersteuer auf alle Wohn- und Grundstücksimmobilien, eine Sonderabgabe der Freiberufler und ein sogenannter Solidaritätszuschlag, der viele historisch bewusste Griechen an die Kopfsteuer (charatsi) der osmanischen Besatzungsherrschaft erinnerte.

Durch alle diese Maßnahmen konnten die laufenden Steuereinkünfte bis Mitte Oktober deutlich erhöht werden. Trotzdem wurden auch jetzt wieder die Vorgaben des revidierten Stabilisierungsprogramms verfehlt. Unter der Supervision der Ende September wieder nach Athen zurückgekehrten Zwangsverwalter legte die griechische Regierung inzwischen einen revidierten Haushaltsplan vor, der für 2011 ein Defizit im Umfang von 8,5 Prozent des BIP und für 2012 von 6,5 Prozent vorsieht; die Gesamtverschuldung soll von 161,8 Prozent Ende 2011 bis Ende des nächsten Jahrs auf 172,8 Prozent ansteigen. Aber auch diese Annahmen sind fraglich, denn sie gehen für das Jahr 2011 von einer Rezessionsrate von 5,5 Prozent und für 2012 von 2,8 Prozent aus – beide Indikatoren sind auch bei dieser dritten Prognose viel zu optimistisch angesetzt.

Im Windschatten dieser weiter verschlechterten dritten Prognosen haben sich die Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene verzögert. Die Troika legte ihren Evaluierungsbericht über das dritte Quartal erst Mitte Oktober vor. Wenige Tage zuvor teilte sie jedoch in einem Kommuniqué mit, das Stabilisierungsprogramm sei im Wesentlichen umgesetzt worden, so dass eine Bewilligung der sechsten Darlehens tranche im Umfang von acht Milliarden Euro ins Auge gefasst werden könne. Es soll also zunächst weiter auf Zeit gespielt werden, bis die ge-

rade vom letzten der 17 Euro-Mitgliedsländer parlamentarisch abgesegnete EFSF funktionsfähig geworden ist und die zu erwartenden Kollateralschäden des griechischen Staatsbankrotts abwehren kann. Dass die griechischen Finanzkonzerne dieses Ereignis nur mit Hilfe der EFSF überstehen können, ist unzweideutig, denn sie müssen ihre im Umfang von inzwischen 48,2 Milliarden Euro gehaltenen griechischen Staatsanleihen zu einem Amortisationsatz von mindestens 60 Prozent (fast 29 Milliarden Euro) abschreiben. Dagegen haben die französischen und deutschen Banken inzwischen vorgesorgt und ihre Anleihen weitgehend an die Europäische Zentralbank und ihren jeweiligen staatlichen Bankensektor abgestoßen. Das französische Griechenland-Risiko summiert sich nur noch auf 9,4 Milliarden Euro, konzentriert sich aber auf nur vier Bankkonzerne, die sich zudem – wie etwa die französisch-belgische Dexia-Bank – aus anderen strukturellen Gründen in einer Schieflage befinden. In Deutschland sind hingegen noch zwölf Banken mit Griechenland-Anleihen im Volumen von 7,6 Milliarden Euro belastet, auf die sie die bei einem Staatsbankrott zu erwartenden Wertberichtigungen teilweise schon vorgenommen haben. Diese rasche Flucht aus dem Risiko war nur deshalb möglich, weil ihnen – zusätzlich zur Europäischen Zentralbank – die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau und die verstaatlichte Bad Bank der Hypo Real Estate Griechenland-Anleihen im Umfang von über 22 Milliarden Euro abgenommen haben. Für diesen Betrag müssen nun die Steuerzahler haften.

So steht dem von den Zwangsverwaltern seit dem Frühjahr 2010 hinausgezögerten Staatsbankrott Griechenlands nichts mehr im Weg. Er wird jedoch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit so stattfinden, dass die griechische Regierung unter der Kontrolle der Troika verbleibt. Eine Entlassung aus der Euro-Zone steht zumindest derzeit nicht zur Debatte. Die griechische Gesellschaft wird deshalb auch nach dem Schuldenschnitt ihrer öffentlichen Haushalte mit den Zumutungen einer „Schocktherapie“ konfrontiert bleiben, die darauf abzielt, sie innerhalb kürzester Zeit an die Arbeits-, Sozial- und Lebensverhältnisse der europäischen Kernzone anzupassen. Ob dies gelingen wird, ist eine

ganz offene Frage. Die Herausforderungen des Umbruchs und die damit einhergehenden Zumutungen sind gewaltig. Die Mehrheit der griechischen Gesellschaft ist ratlos, fatalistisch und niedergeschlagen. Sie sieht keinen Ausweg, und sie gibt dem oft nicht weniger perspektivlos wirkenden sozialen Widerstand einer aktiven Minderheit – noch – keine Chance. Die einzige Berufsschicht, die sich in Griechenland derzeit im Aufwind befindet, sind die Psychotherapeuten und Psychiater. Ihre Praxen sind überfüllt, und der Verbrauch der Antidepressiva ist im vergangenen Jahr um 40 Prozent gestiegen. Eine große Furcht beginnt sich breit zu machen. Kollektive Verängstigungsprozesse waren schon immer die Vorzeichen dramatischer regressiver Ereignisse bis hin zum gesellschaftlichen Zusammenbruch. Die Verzweiflung kann aber auch immer zum kollektiven Aufbegehren und zum Aufstand umschlagen. Die griechische Geschichte kennt dafür viele Beispiele.

Dies ist eine Veröffentlichung der **Sozial.Geschichte Online**
lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Sozial.Geschichte Online ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen knapp fünfstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 € und für GeringverdienerInnen 10 € jährlich; Fördermitglieder legen ihren Beitrag selbst fest.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

sgo-verein [at] sozialgeschichte-online.de oder den

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
Cuvrystraße 20a
(Briefkasten 30)
D-10997 Berlin

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00, BIC: BFSWDE33BER,
Bank für Sozialwirtschaft

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/77473

URN: urn:nbn:de:hbz:465-20230405-101521-0

Erschienen in: Sozial.Geschichte Online 33 (2022), S.195-215



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.